

**Liebe BürgerInnen,  
Liebe Anwesende,**

im **Wahlprogramm** 2019 hat das PfB wichtige Themen der Kommunalpolitik in unserer Gemeinde für die kommenden Jahre benannt. In diesem Jahr sollen mit der Haushaltsrede die Schwerpunkte Bürgerbeteiligung und Wohnen aus dem Aktionsplan 2019 – 2024 näher beleuchtet werden. Beginnen wir mit dem Machen, dem Mit-Machen und dem Mit-Machen-lassen.

### **Mehr Demokratie wagen – Informationsmöglichkeiten verbessern**

Hiermit verbunden war der Wunsch nach einer besseren Informationsmöglichkeit für BürgerInnen in Bezug auf die zur Beratung und Beschlussfassung anstehenden Tagesordnungspunkte (TOPs) des Gemeinderates und der Ausschüsse. Auch in Verbindung mit höherer Transparenz.

Leider ist es noch immer so, dass die **Gemeinderatsvorlagen** erst 2 Tage vor der Sitzung am Donnerstag - also dienstags – im Ratsinformationssystem auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht werden. Hier werden die TOPs aus Sicht der Verwaltung näher erläutert. Für Sitzungen mit beispielsweise 200 Seiten Vorlage ein relativ kurzer Zeitraum um sich als BürgerIn umfassend zu informieren und sich eingehend mit Sachverhalten zu befassen. GemeinderätInnen erhalten die Unterlagen bereits eine Woche vorher im System eingestellt. BürgerInnen ohne Internetanschluss haben die Möglichkeit die Unterlagen auf dem Rathaus abzuholen.

Die **Präsentationen der Verwaltung und der externen Referenten**, die vorgetragen werden und meist relevante Zusatzinformationen enthalten, sind in Kernen nicht in diesem System hinterlegt. Auch nicht für Gemeinderätinnen. Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit für Bürgerinnen und Gemeinderäte ließe sich an der Stelle noch deutlich verbessern.

Weiter können im Ratsinformationssystem im Anschluss an die Sitzungen auch die **Beschlussprotokolle** eingesehen werden. Das heißt wie viele Ja- oder Neinstimmen und wie viele Enthaltungen auf einen Beschluss entfielen.

Das **Sitzungsprotokoll**, indem die Teilnehmer, wesentliche Inhalte in Textform, die Fragen und Anregungen der Gemeinderäte, sowie die Antworten der Verwaltung und der Referenten nachgelesen werden können, steht der Öffentlichkeit hier ebenfalls nicht zur Verfügung. BürgerInnen die diese öffentliche Niederschrift einsehen möchten, müssen diese auf dem Rathaus persönlich vornehmen.

Die **Verwaltung und der Gemeinderat in Weinstadt** sind in Sachen Bürgerinformation und Transparenz der Gemeinderatsarbeit um einiges weiter und vorbildlich unterwegs. In unserer Nachbarkommune sind alle Vorlagen einschließlich der Präsentationen der Verwaltung und die der externen Referenten 1 Woche vor der Sitzung für die Öffentlichkeit abrufbar. Und bleiben entsprechend hinterlegt. So auch die öffentliche Niederschrift der Sitzungsprotokolle, die im Nachgang an die Sitzungen eingestellt werden. Information ist die Voraussetzung für Beteiligung. Eine gute Gelegenheit für BürgerInnen mit dem Gemeinderat direkt in Kontakt zu treten ist die **Fragestunde für EinwohnerInnen** gleich zu Beginn der Sitzungen des Gemeinderates, des Technischen Ausschusses (TA) und des Verwaltungsausschusses (VA). In VA und TA wurde diese Möglichkeit 2019 auf Antrag des PfB geschaffen. Es können alle Fragen und Anregungen geäußert werden, mit Ausnahme der Themen, die auf der Tagesordnung der aktuellen Sitzung aufgeführt sind. Wünschenswert wäre es, wenn noch mehr Menschen die Gelegenheit zum Austausch nutzen würden.

Für den direkten Kontakt wäre es außerdem sinnvoll, wenn es eine **zentrale Emailadresse** für den Gemeinderat gäbe die direkt an alle GemeinderätInnen weitergeleitet wird. Derzeit müssen bei Bedarf alle Emailadressen mühselig einzeln auf der Homepage herausgesucht werden. Schriftliche, mündliche oder persönliche **Anfragen** von BürgerInnen sollten innerhalb einer bestimmten Frist beantwortet werden.

### **Antrags- und Rederecht für BürgerInnen und Vereine**

Eine verbindliche Regel, dass **BürgerInnen und Vereine einen Antrag an den Gemeinderat** stellen können und ein damit verbundenes Rederecht in den Sitzungen erhalten, wurde bisher nicht eingeführt.

Die **Stadt Waiblingen** ermöglicht es hingegen beispielsweise ihren **Vereinen, Initiativen und BürgerInnen** im Rahmen der Haushaltsaufstellung Anträge stellen zu können. Ohne Quorum, also einer Mindestanzahl von Unterschriften. Alle Anträge erhalten dann eine Stellungnahme der Verwaltung. Die Einreicher erhalten eine Einladung zur Sitzung und haben dann die Möglichkeit den Antrag zu begründen.

Auf diese Weise können BürgerInnen tatsächlich mitgestalten, hier sehen wir in Kernen noch deutlichen Handlungsbedarf.

### **Schaffung eines Bürgerhaushaltes**

Den von Seiten des Parteifreien Bündnisses schon lange geforderten Bürgerhaushalt gibt es noch nicht. Ein solcher Bürgerhaushalt kann unterschiedlich ausgestaltet sein.

Es könnte beispielsweise entweder jedes Jahr ein gewisser **Geldbetrag zur Verfügung** stehen. Über öffentlich einsehbare Anträge von BürgerInnen oder Vereinen wie dieses Geld verwendet werden soll, entscheidet die Bürgerschaft selbst in einem Abstimmungsverfahren (elektronisch, per Brief oder persönlich) und anschließend entscheidet gegebenenfalls der Gemeinderat.

Eine andere Möglichkeit wäre es, Anträge aus der Bürgerschaft oder von Vereinen ohne Betragsbegrenzung allen EinwohnerInnen zur Abstimmung vorzustellen, so dass der **Antrag mit den meisten Stimmen** dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt wird.

In jedem Falle wäre es eine tolle Möglichkeit der Bürgerbeteiligung die in Stuttgart erfolgreich praktiziert wird. Hier in Kernen wurde der Antrag zur Schaffung eines Bürgerhaushalts im Jahr 2021 von einer Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt. Wir werden das Ziel zur Schaffung eines Bürgerhaushalts weiterverfolgen. Weil wir glauben, dass direkte Bürgerbeteiligung nicht nur gedacht und besprochen, sondern gelebt werden muss.

Weil jede/r informierte und engagierte BürgerIn aber auch wohnen muss, nun der Sprung ins Thema Wohnen.

### **Einstieg in den kommunalen Wohnungsbau**

Kernen sollte sich nach wie vor noch stärker beim Bau, Kauf und der Anmietung von kommunalen oder kommunal geförderten Wohnungen engagieren. Um langfristig eigenständig Wohnraum für Menschen zu schaffen, die sich auf dem „normalen“ Wohnungsmarkt nicht mehr versorgen können. Wer gewisse Einkommensgrenzen nicht übersteigt hat Anspruch auf Ausstellung eines Wohnberechtigungsscheins und kann – soweit vorhanden – öffentlich geförderten Wohnraum beziehen. Die Miete ist dann um ca. 1/3 vergünstigt. Die Anzahl der Sozialwohnungen in Deutschland hat sich allerdings von 2,1 Millionen Wohnungen im Jahr 2006 auf 1,1 Millionen Wohnungen im Jahr 2020 reduziert. Im Jahr 2020 fielen rechnerisch täglich 72 Wohnungen aus der Sozialbindung heraus. Und dass, obwohl die Armutsquote 2020 mit 16,1 Prozent und 13,4 Millionen betroffenen Menschen einen neuen Höchststand erreicht hat.

Dieses gesellschaftlich so wichtige Thema des sozialen Wohnungsbaus sollte nicht allein der Kreisbau überlassen werden. Denn bei dem Wohnbaumodell mit der Kreisbaugesellschaft fallen die Wohnungen nach spätestens 30 Jahren aus der Sozialbindung heraus, das Belegungsrecht endet und die Wohnungen können wieder zu marktüblichen Konditionen vermietet werden. Das strukturelle Problem ist also nicht dauerhaft gelöst und deshalb kein zukunftsweisendes Modell. Der soziale Wohnungsbau im Gebiet Hangweide sollte aus unserer Sicht deutlich erhöht werden.

Baugrundstücke sollten darüber hinaus nach dem Beispiel der Stadt Wien in Zukunft auch nicht mehr verkauft werden, sondern durch Erbpacht in kommunalem Eigentum verbleiben. So hätte die Kommune nach einigen Jahrzehnten die Möglichkeit auf eventuell veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu reagieren.

### **Kernen wird energieautark**

Eine spannende Frage, ob Kernen tatsächlich mittelfristig zu einer energieautarken Gemeinde werden könnte. Dies würde bedeuten, dass die benötigte Energie hier vor Ort selbst erzeugt wird – sei es durch Einsparungen, Blockheizkraftwerke, Photovoltaik oder Windkraft. Hier wäre beispielsweise eine Untersuchung in Form einer Machbarkeitsstudie interessant in wie weit sich der Verbrauch durch unterschiedliche Maßnahmen decken ließe. Beispielsweise wenn alle Häuser in Kernen eine Photovoltaikanlage auf dem Dach und / oder an Balkonen installiert hätten. Darüber hinaus wäre eine Erhebung des energetischen Zustandes aller Gebäude - ein Energiekataster - eine sinnvolle Ergänzung. Dies könnte beispielsweise in Kooperation mit der Energieagentur Rems – Murr oder als Kooperationsprojekt mit einer Technischen Universität und Kostenübernahme durch die Gemeinde Kernen erfolgen.

### **Hangweide**

In wie weit das neue Wohngebiet Hangweide tatsächlich zu einem zukunftsweisenden ökologischen und nachhaltigen Gemeindeteil wird, ist im Augenblick noch offen.

Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe zueinander sind aktuell vorgesehen. Stand heute gibt es noch kein Cradle-to-Cradle-Konzept. Dieses „Wiege zu Wiege-Konzept“, nach Professor Braungart bedeutet, dass nur mit Materialien wie beispielsweise Holz gebaut wird, die zu 100% wiederverwertet werden können. Besonders wichtig ist die Trennbarkeit der Materialien. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Gemeinde Straubenhardt im Badischen die ein Cradle-to-Cradle Feuerwehrhaus gebaut hat. Und jetzt ein ganzes Gewerbegebiet nach diesen Grundsätzen plant. Die dortige Verwaltung gab gar einen Cradle-to-Cradle Leitfaden für Immobilienprojekte heraus. In diesem Bericht ist nachzulesen, dass nach Schätzungen der Vereinten Nationen das Bauwesen europaweit nahezu 50% der Rohstoffe verbraucht und verantwortlich ist für 60% des Abfallaufkommens in Deutschland.

Wir schlagen deshalb vor diese Modellgemeinde im Rahmen einer Gemeinderatsexkursion zu besuchen und den Bürgermeister Herrn Viehweg für einen Vortrag nach Kernen einzuladen. Feststeht, dass der Kirchensaal auf der Hangweide als barrierefreier Veranstaltungsort für Kino, Konzerte, Theater nicht erhalten wird. Wir hätten uns dies anders gewünscht.

### **Pflegesituation**

Die Gemeinde Kernen braucht nach wie vor ein Dorfpflegehaus in Stetten, in kommunaler Trägerschaft oder von einem gemeinnützigen Träger. Dadurch könnten pflegebedürftige Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und es wäre ihren Angehörigen möglich, sie auch kurzfristig und mit kurzen Wegen zu besuchen. Hier wartet insbesondere die ältere Bevölkerung, dass sich etwas tut.

Vielen Dank an die MitarbeiterInnen der Verwaltung für die Bereitstellung der Sitzungsvorlagen und die Beantwortung der Fragen,  
vielen Dank an alle GemeinderatskollegInnen für die gedeihliche Zusammenarbeit,  
vielen Dank all jenen Menschen die sich in der Gemeinde engagieren  
und vielen Dank Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

17.03.2022 Corinna Konzmann, Parteifreies Bündnis